Gegenwärtig beobachten wir ein Ansteigen populistischer Strömungen in der Öffentlichkeit und im Internet, so das Populismusbarometer 2018. Durch das damit verbundene Schwarz-Weiß-Denken sehen wir, wie sich Meinungsfronten verhärten und ein (demokratischer) Konsens entsprechend der Mehrheitsmeinung kaum finden lässt. Die Ausweitung populistischer Denk- und Verhaltensmuster wird vor allem in der Mitte der Gesellschaft erkennbar, sichtbar in den emotional aufgeheizten öffentlichen Debatten und den abgesenkten verbalen und gewaltorientierten Hemmschwellen. Im Populismus schwingt **G**ruppenspezifische **M**enschen**f**eindlichkeit (GMF) und verhärtete Vorurteilsbildung mit („Verrohung"). Die Propaganda der Populisten zeigt sich vor allem in der „Generation Internet", wo „Lehrer-Pranger" freigeschaltet werden, so dass sich Populismus im Internet zu einer effektiven digitalen Populismus-Propaganda 2.0 aufschaukelt.

Populisten versprechen Reduktion verunsichernder Komplexität und „Sicherheit" in Zeiten der digitalen Globalisierung und Migration durch den Rückzug auf ein autoritäres Menschen- und Weltbild. Andreas Voßkuhle, Präsident des Bundesverfassungsgerichts, eröffnet dieses Heft mit einem Grundsatzartikel über Erscheinungsformen und Gefahren des aktuellen Rechtspopulismus, besonders der AfD, und was dagegen getan werden muss. Eine antipopulistische, demokratische Partizipationskultur kann und muss die Fähigkeiten und Ressourcen der Einzelnen zu mündigem Handeln stärken, zum offenen und authentischen Diskurs ermutigen und befähigen, kompetent mit politischen, sozialen, kulturellen Veränderungen umzugehen.

Eine offensive politische Bildung und Erziehung spielen hier eine Schlüsselrolle, indem sie demokratische Teilhabe- und Kompetenzerfahrung stärken. Dies fördert das Gefühl von Zugehörigkeit und damit von Solidarität in der pluralen Gesellschaft, ein Gegengewicht gegen Populismus und den Vertrauensschwund in demokratische Institutionen, den der Roland Rechtsreport 2018 diagnostiziert. Ulrich Herrmann zeigt dies am Beispiel der Freien Volksbildung in Volkshochschulen. Dass mündige und zivilcouragierte Bürger/innen in partizipativem Demokratiehandeln das Ziel pluraler Kommunikation und Konsensbildung sind, belegt die Weihnachtsansprache 2018 von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier: „Ich habe den Eindruck, wir Deutsche sprechen immer seltener miteinander. Und noch seltener hören wir einander zu. … Die Fähigkeit zum Kompromiss ist die Stärke der Demokratie."

Mit dem digitalen Populismus und der politisch-pädagogischen Antwort setzen sich auseinander: Siegfried Frech in seinem Aufsatz: Wie politisch dürfen bzw. sollen Lehrerinnen und Lehrer sein? Er thematisiert den „Beutelsbacher Konsens" als Minimalkonsens der politischen Bildung in der Schule. Margret Ruep vertieft diese Grundsatzfrage, indem sie für Lehrkräfte, die im Widerstreit von Beamtenloyalität und pädagogischer Eigenverantwortung stehen, „Zivilcourage als pädagogische Haltung und Bildungsziel" als unaufgebbare pädagogische Grundorientierung zeigt, wenn die Schule ihrem Verfassungsauftrag gerecht werden will.

Helmut Däuble bearbeitet das Thema des politischen Lehrens und Lernens in Zeiten digitaler Meldeplattformen. Michael Hirn fordert, im Umgang mit der AfD-Plattform selbstbewusst mit Beschwerden umzugehen! In einer gemeinsamen Stellungnahme von GPJE, DVPB und DVPW beziehen diese klar Position gegenüber der AfD-Meldeplattform „Neutrale Schulen" und anderen digitalen „Denunziations-Plattformen".

Dr. Helmut Wehr

Prof. Dr. Volker Reinhardt

Mitglieder des Redaktionsbeirats
zuständig für das Thema dieses Heftes

doktor.helmut.wehr@gmail.com
volker.reinhardt@ph-freiburg.de

Abstracts zu Lehren & Lernen 6–2019

Zeitschrift für Schule und Innovation
aus Baden-Württemberg

Politische Bildung in Zeiten des Populismus

Andreas Voßkuhle

Demokratie und Populismus

Warum Populismus mit der freiheitlichen Demokratie des Grundgesetzes unvereinbar ist

Anti-Pluralität ist das Charakteristikum des anti-demokratischen Populismus. Wer die Demokratie verteidigen will, sollte populistische Verhaltensweisen offen benennen und bekämpfen. Dazu wird eine konkrete Vorstellung davon benötigt, was Populismus in seinem negativen Begriffskern bedeutet und welche Gefahren von ihm ausgehen. Obwohl Populisten gern und erfolgreich mit demokratischem Vokabular (Volkssouveränität, Volkswille, Repräsentation) hantieren, ist die dahinterstehende Ideologie im Kern anti-demokratisch. Es handelt sich um zynische Verschleierungsstrategien, die dazu dienen, das wahre Gesicht des aufkommenden Totalitarismus zu verbergen.

▸ Stichwörter: Anti-Pluralität, anti-demokratischer Populismus, Populismus, Totalitarismus, politische Bildung

Siegfried Frech

Wie politisch dürfen bzw. sollen Lehrerinnen und Lehrer sein?

Seit die Alternative für Deutschland (AfD) Lehrkräfte mittels Meldeportalen an den Pranger stellen will, rückt der Beutelsbacher Konsens als Argumentationshilfe gegen rechtspopulistische Anmaßungen in den Fokus der Aufmerksamkeit. Obwohl die drei Konsenssätze ein weithin anerkannter Standard der politischen Bildung sind, werden sie häufig falsch interpretiert und mit einem Neutralitätsgebot gleichgesetzt. In der richtigen Lesart erlaubt der Beutelsbacher Konsens sehr wohl eine Grenzziehung zwischen Demokratie und Populismus.

▸ Stichwörter: Demokratie, Rechtspopulismus, Populismus, Beutelsbacher Konsens, politische Bildung, Neutralitätsgebot, Denunziation

Monika Oberle, Dirk Lange, Andrea Szukala

Gemeinsame Stellungnahme von GPJE, DVPB und DVPW-Sektion zur AfD-Meldeplattform „Neutrale Schulen“

Michael Hirn

AfD-Plattform: Selbstbewusst mit Beschwerden umgehen

Seit Monaten macht die AfD in verschiedenen Bundesländern Stimmung mit einer Denunziationsplattform. Nun wird diskutiert, wer sich in welcher Form über Lehrkräfte beschweren darf. Wir sollten über unsere Pflichten und Rechte als Lehrkräfte nachdenken, uns der geltenden Regeln vergewissern und Versuche, die demokratische Rolle der Schule einzuschränken, engagiert zurückweisen.

▸ Stichwörter: Politische Bildung, Demokratie in der Schule

Helmut Däuble

Politisches Lehren und Lernen in Zeiten digitaler „Meldeplattformen“

Mit dem „Beutelsbacher Konsens“ in der politischen Bildung gegen die AfD

Der Herbst 2018 hatte es für die Lehrkräfte Baden-Württembergs in sich: Der AfD-Landtagsabgeordnete Stefan Räpple ließ im Oktober, nachdem die AfD Hamburg bereits den Anfang gemacht hatte, gleich zwei Meldeplattformen online gehen. Unter den Rubriken „Mein-Lehrer-hetzt“ bzw. „Mein-Prof-hetzt“ rief er dazu auf, Lehrer/innen an Schulen und Dozent/innen an Hochschulen, die sich im Unterricht bzw. in den Hochschulveranstaltungen kritisch gegenüber der AfD geäußert hatten, zu melden. Auch wenn kurz danach beide Portale wieder außer Betrieb waren, gab es eine große Welle der Empörung. Wie sollen (Politik-)Lehrkräfte, wie können Schulen auf eine solche Situation reagieren?

▸ Stichwörter: Politische Bildung, Denunziation, Beutelsbacher Konsens

Margret Ruep

Erziehung zur Freiheit – Zivilcourage als pädagogische Haltung und Bildungsziel

Massive globale Modernisierungsschübe evozieren Ängste, die großen Chancen werden oft übersehen. Die hierin sich manifestierende globale Unzufriedenheit lässt sich anhand der Migrationsbewegung feststellen, die zur großen Herausforderung für Deutschland wird, ohne dass darüber ein angemessener Diskurs geführt worden wäre. Dieser wäre angesichts dilemmatischer Situationen hinsichtlich der Freiheits- und Menschenrechte neu zu bestimmen. Hierzu ist eine subjektorientierte Bildung vonnöten, die Reflexivität und Freiheit zum Ziel hat: Orientierungswissen. Hierbei kommt den Lehrkräften eine Schlüsselposition zu, damit ein Habitus der Zivilcourage angebahnt werden kann, der sich einer Freiheit zur Verantwortung für das Gemeinwohl verpflichtet sieht. Hierin besteht die orientierende Bedeutung des Beutelsbacher Konsenses, dieser schützt die Grundwerte des Grundgesetzes, mit denen Verantwortung und Aufklärung gesichert werden sollen.

▸ Stichwörter: Politische Bildung, Beutelsbacher Konsens, Zivilcourage

Georg Lind

Das Demokratieparadoxon ist mit „Demokratie leben“ nicht zu lösen

Ein Zwischenruf aus der Sicht der Demokratie-Psychologie

Überall in der Welt „draußen“ kommt die Demokratie unter Druck. In immer mehr Ländern kommen Autokraten an die Macht, die zu Recht darauf verweisen können, dass sie demokratisch gewählt wurden und von der Bevölkerung unterstützt werden. Und jetzt droht uns auch hier in Deutschland und Europa eine Zunahme an anti-demokratischen Bewegungen. Es ist gut, dass die Regierung jetzt etwas dagegen tun will. Aber: Stimmen die Ziele? Stimmen die Mittel? Ein Zwischenruf aus der Sicht der Demokratie-Psychologie.

▸ Stichwörter: Politische Bildung, Demokratiepädagogik, Demokratiepsychologie, Politische Psychologie

Ulrich Herrmann

Politische Bildungsarbeit der VHS in Zeiten des Populismus[1]

Seit der Weimarer Verfassung hat die Freie Volksbildung – gemeint sind vor allem die Volkshochschulen – einen Bildungsauftrag, der vom Bund, den Ländern und den Kommunen gefördert werden soll. Vor 100 Jahren ergab sich daraus die Welle der VHS-Gründungen, deren Jubiläen allenthalben gefeiert werden. Was kann die Freie Volksbildung zur allgemeinen politischen Bildung der Bevölkerung in Zeiten des Populismus beitragen? Auf welche Akteure im öffentlichen Raum ist sie angewiesen?

▸ Stichwörter: Erwachsenenbildung, Volkshochschule, politische Bildung, Populismus